

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1968

Ausgegeben am 10. Juli 1968

55. Stück

238. Übereinkommen über die Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau

239. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und den Vereinten Nationen betreffend die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraumes

238.

Der Bundespräsident erklärt hiemit den Beitritt der Republik Österreich zum Übereinkommen über die Staatsbürgerschaft der verheirateten Frau vom 20. Feber 1957, welches also lautet:

(Übersetzung)

ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE STAATSBÜRGERSCHAFT DER VERHEIRATETEN FRAU

DIE VERTRAGSSTAATEN SIND

IN DER ERKENNTNIS, daß sich aus den Bestimmungen über den Verlust oder den Erwerb der Staatsbürgerschaft durch die Ehefrau auf Grund der Verehelichung, der Auflösung der Ehe oder des Wechsels der Staatsbürgerschaft des Ehemannes während der Ehe Kollisionen zwischen den die Staatsbürgerschaft betreffenden Gesetzen und Gepflogenheiten ergeben,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Artikel 15 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet hat, daß „jeder Mensch Anspruch auf eine Staatsbürgerschaft hat“ und daß „niemandem seine Staatsbürgerschaft willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden darf, seine Staatsbürgerschaft zu wechseln“,

IN DEM BESTREBEN, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um die allgemeine Achtung und die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller, ohne Unterschied des Geschlechts, zu fördern,

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Jeder Vertragsstaat erklärt sein Einverständnis damit, daß weder die Schließung noch die Auflösung der Ehe zwischen Staatsbürgern und Fremden, noch ein Wechsel der Staatsbürgerschaft des Ehemannes während der Ehe ipso facto auf die Staatsbürgerschaft der Ehefrau eine Auswirkung haben kann.

Artikel 2

Jeder Vertragsstaat erklärt sein Einverständnis damit, daß weder der freiwillige Erwerb der

Staatsbürgerschaft eines anderen Staates durch einen seiner Staatsbürger noch der Verzicht eines seiner Staatsbürger auf seine Staatsbürgerschaft die Ehefrau des betreffenden Staatsbürgers daran hindert, ihre Staatsbürgerschaft zu behalten.

Artikel 3

1. Jeder Vertragsstaat erklärt sein Einverständnis damit, daß eine mit einem seiner Staatsbürger verheiratete Fremde auf ihren Antrag im Wege eines bevorzugten Sondereinbürgerungsverfahrens die Staatsbürgerschaft ihres Ehemannes erwerben kann; die Verleihung dieser Staatsbürgerschaft kann insofern Einschränkungen unterworfen werden, als es die Wahrung der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung erfordert.

2. Jeder Vertragsstaat erklärt sein Einverständnis damit, daß dieses Übereinkommen nicht so auszulegen ist, daß es irgendein Gesetz, irgendeine Vorschrift oder irgendeine gerichtliche Gepflogenheit berührt, auf Grund deren es einer mit einem seiner Staatsbürger verheirateten Fremden möglich ist, auf ihren Antrag die Staatsbürgerschaft ihres Ehemannes von Rechts wegen zu erwerben.

Artikel 4

1. Die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Übereinkommens steht allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und allen anderen Staaten offen, die Mitglied irgendeiner der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen oder Vertragsparteien des Statuts des Internationalen Gerichtshofs sind oder werden, sowie allen anderen Staaten, an die seitens der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Einladung ergangen ist.

2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 5

1. Alle in Artikel 4 Absatz 1 bezeichneten Staaten können diesem Übereinkommen beitreten.

2. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 6

1. Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. Für jeden der Staaten, die das Übereinkommen nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifizieren oder ihm beitreten, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch den betreffenden Staat in Kraft.

Artikel 7

1. Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf alle nichtautonomen, unter Treuhandschaft stehenden, kolonialen und sonstigen nicht zum Mutterlande gehörigen Gebiete, deren auswärtige Beziehungen ein Vertragsstaat wahrnimmt; der betreffende Vertragsstaat hat vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels zum Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder des Beitritts jenes Gebiet oder jene Gebiete bekanntzugeben, die nicht zum Mutterlande gehören und auf die dieses Übereinkommen nach der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder dem Beitritt ipso facto Anwendung finden wird.

2. Wird ein nicht zum Mutterlande gehöriges Gebiet in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten nicht als mit dem Mutterlande eine Einheit bildend angesehen oder ist die vorherige Zustimmung eines nicht zum Mutterlande gehörigen Gebietes auf Grund der verfassungsrechtlichen Gesetze oder Gepflogenheiten des Vertragsstaates oder des nicht zum Mutterlande gehörigen Gebietes erforderlich, ehe das Übereinkommen auf dieses Gebiet Anwendung finden kann, so hat der betreffende Vertragsstaat sich zu bemühen, innerhalb einer Frist von zwölf Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem er das Übereinkommen unterzeichnet hat, die erforderliche Zustimmung des nicht zum Mutterlande gehörigen Gebietes einzuholen, und sobald diese Zustimmung eingeholt wurde, hat der Vertragsstaat dies dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren. Ab dem Zeitpunkt des Erhalts

dieser Notifizierung durch den Generalsekretär ist das Übereinkommen auf das in derselben bezeichnete Gebiet oder die dort bezeichneten Gebiete anzuwenden.

3. Nach Ablauf der in Absatz 2 dieses Artikels erwähnten Frist von zwölf Monaten unterrichten die betreffenden Vertragsstaaten den Generalsekretär über die Ergebnisse der Beratungen mit jenen nicht zum Mutterlande gehörigen Gebieten, deren auswärtige Beziehungen sie wahrnehmen und deren Zustimmung zur Anwendung dieses Übereinkommens nicht erteilt wurde.

Artikel 8

1. Bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder beim Beitritt kann jeder Staat zu den Artikeln dieses Übereinkommens, mit Ausnahme der Artikel 1 und 2, Vorbehalte anmelden.

2. Die gemäß Absatz 1 dieses Artikels geltend gemachten Vorbehalte berühren den bindenden Charakter des Übereinkommens für den Staat, der die Vorbehalte angemeldet hat, einerseits und die übrigen Vertragsstaaten andererseits nur hinsichtlich der den Gegenstand der Vorbehalte bildenden Bestimmung oder Bestimmungen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat den Wortlaut solcher Vorbehalte allen Staaten bekanntzugeben, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind oder es allenfalls werden. Jeder Staat, der Vertragspartei des Übereinkommens ist oder es wird, kann dem Generalsekretär notifizieren, daß er nicht beabsichtigt, sich gegenüber dem Staat, welcher Vorbehalte angemeldet hat, als durch das Übereinkommen gebunden zu betrachten. Diese Notifizierung hat hinsichtlich der Vertragsstaaten des Übereinkommens innerhalb von neunzig Tagen nach der Mitteilung des Generalsekretärs und hinsichtlich jener Staaten, die später Vertragsparteien des Übereinkommens werden, innerhalb von neunzig Tagen ab dem Tage der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu erfolgen. Ist eine solche Notifizierung erfolgt, so findet das Übereinkommen zwischen dem Staat, der die Notifizierung vornahm, und dem Staat, der Vorbehalte angemeldet hat, keine Anwendung.

3. Jeder Staat, der gemäß Absatz 1 dieses Artikels Vorbehalte angemeldet hat, kann diese nach ihrer Annahme jederzeit zur Gänze oder zum Teil durch eine entsprechende Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückziehen. Eine solche Notifizierung wird zum Zeitpunkt ihres Erhalts wirksam.

Artikel 9

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch schriftliche Notifizierung an den Generalsekretär der Vereinten Nationen kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem

Zeitpunkt des Erhalts der entsprechenden Notifizierung durch den Generalsekretär wirksam.

2. Dieses Übereinkommen tritt ab dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem jene Kündigung wirksam wird, welche die Zahl der Vertragsparteien auf weniger als sechs vermindert.

Artikel 10

Alle Streitfälle zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten im Zusammenhang mit der Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt wurden, sind auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten, falls sich die besagten Parteien nicht auf einen anderen Weg zur Beilegung geeinigt haben.

Artikel 11

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert sämtlichen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sowie den in Artikel 4 Absatz 1 dieses Übereinkommens bezeichneten Nichtmitgliedsstaaten

a) die gemäß Artikel 4 erfolgten Unterzeichnungen und hinterlegten Ratifikationsurkunden;

b) die gemäß Artikel 5 hinterlegten Beitrittsurkunden;

c) den Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 6 in Kraft tritt;

d) die gemäß Artikel 8 erhaltenen Mitteilungen und Notifizierungen;

e) die gemäß Artikel 9 Absatz 1 erhaltenen Kündigungen;

f) das Außerkrafttreten des Übereinkommens gemäß Artikel 9 Absatz 2.

Artikel 12

1. Dieses Übereinkommen, dessen englischer, chinesischer, spanischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen sowie den in Artikel 4 Absatz 1 bezeichneten Nichtmitgliedsstaaten eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hiezuhörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen, welches am 20. Feber 1957 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

CONVENTION ON THE NATIONALITY OF MARRIED WOMEN

The Contracting States,

Recognizing that conflicts in law and in practice with reference to nationality arise as a result of provisions concerning the loss or acquisition of nationality by women as a result of marriage, of its dissolution, or of the change of nationality by the husband during marriage.

Recognizing that, in article 15 of the Universal Declaration of Human Rights, the General Assembly of the United Nations has proclaimed that "everyone has a right to a nationality" and that "no one shall be arbitrarily deprived of his nationality nor denied the right to change his nationality",

Desiring to co-operate with the United Nations in promoting universal respect for, and observance of, human rights and fundamental freedoms for all without distinction as to sex,

Hereby agree as hereinafter provided:

Article 1

Each Contracting State agrees that neither the celebration nor the dissolution of a marriage between one of its nationals and an alien, nor the change of nationality by the husband during marriage, shall automatically affect the nationality of the wife.

Article 2

Each Contracting State agrees that neither the voluntary acquisition of the nationality of another State nor the renunciation of its nationality by one of its nationals shall prevent the retention of its nationality by the wife of such national.

Article 3

1. Each Contracting State agrees that the alien wife of one of its nationals may, at her request, acquire the nationality of her husband through specially privileged naturalization procedures; the grant of such nationality may be subject to such limitations as may be imposed in the interests of national security or public policy.

2. Each Contracting State agrees that the present Convention shall not be construed as affecting any legislation or judicial practice by which the alien wife of one of its nationals may, at her request, acquire her husband's nationality as a matter of right.

Article 4

1. The present Convention shall be open for signature and ratification on behalf of any State Member of the United Nations and also on behalf of any other State which is or hereafter becomes a member of any specialized agency of

the United Nations, or which is or hereafter becomes a Party to the Statute of the International Court of Justice, or any other State to which an invitation has been addressed by the General Assembly of the United Nations.

2. The present Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 5

1. The present Convention shall be open for accession to all States referred to in paragraph 1 of article 4.

2. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 6

1. The present Convention shall come into force on the ninetieth day following the date of deposit of the sixth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the sixth instrument of ratification or accession the Convention shall enter into force on the ninetieth day after deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

Article 7

1. The present Convention shall apply to all non-self-governing, trust, colonial and other non-metropolitan territories for the international relations of which any Contracting State is responsible; the Contracting State concerned shall, subject to the provisions of paragraph 2 of the present article, at the time of signature, ratification or accession, declare the non-metropolitan territory or territories to which the Convention shall apply *ipso facto* as a result of such signature, ratification or accession.

2. In any case in which, for the purpose of nationality, a non-metropolitan territory is not treated as one with the metropolitan territory, or in any case in which the previous consent of a non-metropolitan territory is required by the constitutional laws or practices of the Contracting State or of the non-metropolitan territory for the application of the Convention to that territory, that Contracting State shall endeavour to secure the needed consent of the non-metropolitan territory within the period of twelve months from the date of signature of the Convention by that Contracting State, and when such consent has been obtained the Contracting State shall notify the Secretary-General of the

United Nations. The present Convention shall apply to the territory or territories named in such notification from the date of its receipt by the Secretary-General.

3. After the expiry of the twelve-month period mentioned in paragraph 2 of the present article, the Contracting States concerned shall inform the Secretary-General of the results of the consultations with those non-metropolitan territories for whose international relations they are responsible and whose consent to the application of the present Convention may have been withheld.

Article 8

1. At the time of signature, ratification or accession, any State may make reservations to any article of the present Convention other than articles 1 and 2.

2. If any State makes a reservation in accordance with paragraph 1 of the present article, the Convention, with the exception of those provisions to which the reservations relates, shall have effect as between the reserving State and the other Parties. The Secretary-General of the United Nations shall communicate the text of the reservation to all States which are or may become Parties to the Convention. Any State Party to the Convention or which thereafter becomes a Party may notify the Secretary-General that it does not agree to consider itself bound by the Convention with respect to the State making the reservation. This notification must be made, in the case of a State already a Party, within ninety days from the date of the communication by the Secretary-General; and, in the case of a State subsequently becoming a Party, within ninety days from the date when the instrument of ratification or accession is deposited. In the event that such a notification is made, the Convention shall not be deemed to be in effect as between the State making the notification and the State making the reservation.

3. Any State making a reservation in accordance with paragraph 1 of the present article may at any time withdraw the reservation, in whole or in part, after it has been accepted, by a notification to this effect addressed to the Secretary-General of the United Nations. Such notification shall take effect on the date on which it is received.

Article 9

1. Any Contracting State may denounce the present Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations

Denunciation shall take effect one year after the date or receipt of the notification by the Secretary-General.

2. The present Convention shall cease to be in force as from the date when the denunciation which reduces the number of Parties to less than six becomes effective.

Article 10

Any dispute which may arise between any two or more Contracting States concerning the interpretation or application of the present Convention, which is not settled by negotiation, shall, at the request of any one of the Parties to the dispute, be referred to the International Court of Justice for decision, unless the Parties agree to another mode of settlement.

Article 11

The Secretary-General of the United Nations shall notify all States Members of the United Nations and the non-member States contemplated in paragraph 1 of article 4 of the present Convention of the following:

(a) Signatures and instruments of ratification received in accordance with article 4;

(b) Instruments of accession received in accordance with article 5;

(c) The date upon which the present Convention enters into force in accordance with article 6;

(d) Communications and notifications received in accordance with article 8;

(e) Notifications of denunciation received in accordance with paragraph 1 of article 9;

(f) Abrogation in accordance with paragraph 2 of article 9.

Article 12

1. The present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts shall be equally authentic, shall be deposited in the archives of the United Nations.

2. The Secretary-General of the United Nations shall transmit a certified copy of the Convention to all States Members of the United Nations and to the non-member States contemplated in paragraph 1 of article 4.

IN FAITH WHEREOF the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention, opened for signature at New York, on the 20th day of February, one thousand nine hundred and fifty-seven.

CONVENTION SUR LA NATIONALITÉ DE LA FEMME MARIÉE

Les Etats contractants,

Reconnaissant que des conflits de lois et de pratiques en matière de nationalité ont leur origine dans les dispositions relatives à la perte ou à l'acquisition de la nationalité par la femme du fait du mariage, de la dissolution du mariage ou du changement de nationalité du mari pendant le mariage,

Reconnaissant que, dans l'article 15 de la Déclaration universelle des droits de l'homme, l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies a proclamé que « tout individu a droit à une nationalité » et que « nul ne peut être arbitrairement privé de sa nationalité, ni du droit de changer de nationalité »,

Soucieux de coopérer avec l'Organisation des Nations Unies en vue de favoriser le respect universel et l'observation des droits de l'homme et des libertés fondamentales pour tous sans distinction de sexe,

Sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

Chaque État contractant convient que ni la célébration ni la dissolution du mariage entre ressortissants et étrangers, ni le changement de nationalité du mari pendant le mariage, ne peuvent *ipso facto* avoir d'effet sur la nationalité de la femme.

Article 2

Chaque État contractant convient que ni l'acquisition volontaire par l'un de ses ressortissants de la nationalité d'un autre État, ni la renonciation à sa nationalité par l'un de ses ressortissants, n'empêche l'épouse dudit ressortissant de conserver sa nationalité.

Article 3

1. Chaque État contractant convient qu'une étrangère mariée à l'un de ses ressortissants peut, sur sa demande, acquérir la nationalité de son mari en bénéficiant d'une procédure privilégiée spéciale de naturalisation; l'octroi de ladite nationalité peut être soumis aux restrictions que peut exiger l'intérêt de la sécurité nationale ou de l'ordre public.

2. Chaque État contractant convient que l'on ne saurait interpréter la présente Convention comme affectant aucune loi ou règlement, ni aucune pratique judiciaire, qui permet à une étrangère mariée à l'un de ses ressortissants d'acquérir de plein droit, sur sa demande, la nationalité de son mari.

Article 4

1. La présente Convention est ouverte à la signature et à la ratification de tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies, ainsi que de tous autres États qui sont ou deviendront membres de l'une quelconque des institutions spécialisées des Nations Unies ou parties au Statut de la Cour internationale de Justice, ou de tous autres États auxquels l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies a adressé une invitation.

2. La présente Convention devra être ratifiée, et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 5

1. Tous les États visés au paragraphe 1 de l'article 4 peuvent adhérer à la présente Convention.

2. L'adhésion se fait par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 6

1. La présente Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt du sixième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chacun des États qui ratifieront la Convention ou y adhéreront après le dépôt du sixième instrument de ratification ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suivra la date du dépôt par cet État de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 7

1. La présente Convention s'appliquera à tous les territoires non autonomes, sous tutelle, coloniaux et autres territoires non métropolitains dont un État contractant assure les relations internationales; l'État contractant intéressé devra, sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, déclarer le territoire ou les territoires non métropolitains auxquels la présente Convention s'appliquera *ipso facto* à la suite de cette signature, ratification ou adhésion.

2. Si, en matière de nationalité, un territoire non métropolitain n'est pas considéré comme formant un tout avec le territoire métropolitain, ou si le consentement préalable d'un territoire non métropolitain est nécessaire, en vertu des lois ou pratiques constitutionnelles de l'État con-

tractant ou du territoire non métropolitain, pour que la Convention s'applique à ce territoire, ledit État contractant devra s'efforcer d'obtenir, dans le délai de douze mois à compter de la date à laquelle il aura signé la Convention, le consentement nécessaire du territoire non métropolitain, et, lorsque ce consentement aura été obtenu, l'État contractant devra le notifier au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Dès la date de la réception de cette notification par le Secrétaire général, la Convention s'appliquera au territoire ou aux territoires désignés par celle-ci.

3. A l'expiration du délai de douze mois mentionné au paragraphe 2 du présent article, les États contractants intéressés informeront le Secrétaire général des résultats des consultations avec les territoires non métropolitains dont ils assurent les relations internationales et dont le consentement pour l'application de la présente Convention n'aurait pas été donné.

Article 8

1. Au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, tout État peut faire des réserves aux articles de la présente Convention, autres que l'article premier et l'article 2.

2. Les réserves formulées conformément au paragraphe 1 du présent article n'affecteront pas le caractère obligatoire de la Convention entre l'État qui aura fait les réserves et les autres États parties, à l'exception de la disposition ou des dispositions ayant fait l'objet des réserves. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies communiquera le texte de ces réserves à tous les États qui sont ou qui peuvent devenir parties à la présente Convention. Chaque État partie à la Convention ou qui devient partie à la Convention pourra notifier au Secrétaire général qu'il n'entend pas se considérer comme lié par la Convention à l'égard de l'État qui a fait des réserves. Cette notification devra être faite dans les quarante-vingt-dix jours à compter de la communication du Secrétaire général, en ce qui concerne les États parties à la Convention, et à compter du jour du dépôt de l'instrument de ratification ou d'adhésion, en ce qui concerne les États qui deviennent ultérieurement parties à la Convention. Au cas où une telle notification aura été faite, la Convention ne sera pas applicable entre l'État auteur de la notification et l'État qui aura fait des réserves.

3. Tout État qui a fait des réserves conformément au paragraphe 1 du présent article peut à tout moment les retirer en tout ou en partie, après leur acceptation, par une notification à cet effet adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. Cette notification prendra effet à la date de sa réception.

Article 9

1. Tout État contractant peut dénoncer la présente Convention par notification écrite au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies. La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secrétaire général en a reçu notification.

2. La présente Convention cessera d'être en vigueur à compter de la date où prendra effet la dénonciation qui ramènera le nombre des parties à moins de six.

Article 10

Tout différend entre deux ou plusieurs États contractants relatif à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention, qui n'aura pas été réglé par voie de négociations, est soumis pour décision à la Cour internationale de Justice à la demande de l'une des parties au différend, sauf si lesdites parties sont convenues d'un autre mode de règlement.

Article 11

Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies notifie à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux États non membres visés au paragraphe 1 de l'article 4 de la présente Convention:

- a) Les signatures et instruments de ratification déposés conformément à l'article 4;
- b) Les instruments d'adhésion déposés conformément à l'article 5;
- c) La date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément à l'article 6;
- d) Les communications et notifications reçues conformément à l'article 8;
- e) Les notifications de dénonciation reçues conformément au paragraphe 1 de l'article 9;
- f) L'abrogation de la Convention conformément au paragraphe 2 de l'article 9.

Article 12

1. La présente Convention dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposée dans les archives de l'Organisation des Nations Unies.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies communiquera une copie certifiée conforme de la Convention à tous les États Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux États non membres visés au paragraphe 1 de l'article 4.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention, qui a été ouverte à la signature à New-York, le 20 février mil neuf cent cinquante-sept.

CONVENCION SOBRE LA NACIONALIDAD DE LA MUJER CASADA

Los Estados contratantes,

Reconociendo que surgen conflictos de ley y de práctica en materia de nacionalidad a causa de las disposiciones sobre la pérdida y adquisición de la nacionalidad de la mujer como resultado del matrimonio, de su disolución, o del cambio de nacionalidad del marido durante el matrimonio,

Reconociendo que, en el artículo 15 de la Declaración Universal de Derechos Humanos, la Asamblea General de las Naciones Unidas proclamó que « toda persona tiene derecho a una nacionalidad » y que « a nadie se privará arbitrariamente de su nacionalidad ni del derecho a cambiar de nacionalidad »,

Deseosos de cooperar con las Naciones Unidas para extender el respeto y la observancia universales de los derechos humanos y de las libertades fundamentales para todos, sin distinción de sexo,

Han convenido en las disposiciones siguientes:

Artículo 1

Los Estados contratantes convienen en que ni la celebración ni la disolución del matrimonio entre nacionales y extranjeros, ni el cambio de nacionalidad del marido durante el matrimonio, podrán afectar automáticamente a la nacionalidad de la mujer.

Artículo 2

Los Estados contratantes convienen en que el hecho de que uno de sus nacionales adquiera voluntariamente la nacionalidad de otro Estado o el de que renuncie a su nacionalidad, no impedirá que la cónyuge conserve la nacionalidad que posee.

Artículo 3

1. Los Estados contratantes convienen en que una mujer extranjera casada con uno de sus nacionales podrá adquirir, si lo solicita, la nacionalidad del marido, mediante un procedimiento especial de naturalización privilegiada, con sujeción a las limitaciones que puedan imponerse por razones de seguridad y de interés público.

2. Los Estados contratantes convienen en que la presente Convención no podrá interpretarse en el sentido de que afecte a la legislación o la práctica judicial que permitan a la mujer extranjera de uno de sus nacionales adquirir de pleno derecho, si lo solicita, la nacionalidad del marido.

Artículo 4

1. La presente Convención queda abierta a la firma y a la ratificación de cualquier Estado

Miembro de las Naciones Unidas y de cualquier otro Estado que sea o llegue a ser miembro de algún organismo especializado de las Naciones Unidas, o que sea o llegue a ser parte en el Estatuto de la Corte Internacional de Justicia, o de cualquier otro Estado al que la Asamblea General de las Naciones Unidas haya dirigido una invitación al efecto.

2. La presente Convención deberá ser ratificada y los instrumentos de ratificación deberán ser depositados en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 5

1. Todos los Estados a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4 podrán adherirse a la presente Convención.

2. La adhesión se efectuará depositando un instrumento de adhesión en poder del Secretario General de las Naciones Unidas.

Artículo 6

1. La presente Convención entrará en vigor noventa días después de la fecha en que se haya depositado el sexto instrumento de ratificación o de adhesión.

2. Para cada uno de los Estados que ratifiquen la Convención o se adhieran a ella después de depositado el sexto instrumento de ratificación o de adhesión, la Convención entrará en vigor noventa días después de la fecha en que ese Estado haya depositado el respectivo instrumento de ratificación o de adhesión.

Artículo 7

1. La presente Convención se aplicará a todos los territorios no autónomos, en fideicomiso, coloniales y otros territorios no metropolitanos de cuyas relaciones internacionales esté encargado cualquier Estado contratante; el Estado contratante interesado deberá, con sujeción a las disposiciones del párrafo 2 del presente artículo, declarar en el momento de la firma, ratificación o adhesión, a qué territorio no metropolitano o a qué otros territorios se aplicará *ipso facto* la Convención en razón de tal firma, ratificación o adhesión.

2. En los casos en que, para los efectos de la nacionalidad, un territorio no metropolitano no sea considerado parte integrante del territorio metropolitano, o en los casos en que se requiera el previo consentimiento de un territorio no metropolitano en virtud de las leyes o prácticas constitucionales del Estado contratante o del territorio no metropolitano para que la Convención se aplique a dicho territorio, aquel Estado contratante tratará de lograr el consenti-

miento necesario del territorio no metropolitano dentro de un lapso de doce meses a partir de la fecha de la firma de la Convención por ese Estado contratante, y cuando se haya logrado tal consentimiento el Estado contratante lo notificará al Secretario General de las Naciones Unidas. La presente Convención se aplicará al territorio o territorios mencionados en tal notificación a partir de la fecha de su recepción por el Secretario General.

3. Después de la expiración del lapso de doce meses mencionado en el párrafo 2 del presente artículo, los Estados contratantes interesados informarán al Secretario General sobre los resultados de las consultas celebradas con aquellos territorios no metropolitanos de cuyas relaciones internacionales estén encargados y cuyo consentimiento para la aplicación de la presente Convención haya quedado pendiente.

Artículo 8

1. En el momento de la firma, de la ratificación o de la adhesión, todo Estado podrá formular reservas a cualquier artículo de la presente Convención, con excepción de los artículos 1 y 2.

2. Toda reserva formulada conforme al párrafo 1 del presente artículo no afectará el carácter obligatorio de la Convención entre el Estado que haya hecho la reserva y los demás Estados partes, con excepción de la disposición o las disposiciones que hayan sido objeto de la reserva. El Secretario General de las Naciones Unidas comunicará el texto de esa reserva a todos los Estados que sean o lleguen a ser partes en la presente Convención. Todo Estado parte en la Convención o que llegue a ser parte en la misma podrá notificar al Secretario General que no está dispuesto a considerarse obligado por la Convención con respecto al Estado que haya formulado la reserva. Esta notificación deberá hacerse, en lo que concierne a los Estados que ya sean partes en la Convención, dentro de los noventa días siguientes a la fecha de la comunicación del Secretario General, y, en lo que concierne a los Estados que ulteriormente lleguen a ser partes en la Convención, dentro de los noventa días siguientes a la fecha del depósito del instrumento de ratificación o de adhesión. En caso de que se hubiere hecho tal notificación, se considerará que la Convención no es aplicable entre el Estado autor de la notificación y el Estado que haya hecho la reserva.

3. El Estado que formule una reserva conforme al párrafo 1 del presente artículo podrá retirarla, en su totalidad o en parte, en cualquier momento después de su aceptación, enviando para ello una notificación al Secretario General de las Naciones Unidas. Esta notificación surtirá efecto en la fecha de su recepción.

Artículo 9

1. Todo Estado contratante podrá denunciar la presente Convención mediante una notificación escrita dirigida al Secretario General de las Naciones Unidas. La denuncia surtirá efecto un año después de la fecha en que el Secretario General reciba la notificación.

2. La presente Convención quedará derogada en la fecha en que surta efecto la denuncia que reduzca a menos de seis el número de Estados contratantes.

Artículo 10

Toda cuestión que surja entre dos o más Estados contratantes sobre la interpretación o la aplicación de la presente Convención, que no sea resuelta por medio de negociaciones, será sometida a la Corte Internacional de Justicia, para que la resuelva, a petición de cualquiera de las partes en conflicto, salvo que las partes interesadas convengan en otro modo de solucionarla.

Artículo 11

El Secretario General de las Naciones Unidas notificará a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4 de la presente Convención:

- a) Las firmas y los instrumentos de ratificación depositados en cumplimiento del artículo 4;
- b) Los instrumentos de adhesión depositados en cumplimiento del artículo 5;
- c) La fecha en que la presente Convención entrará en vigor según el artículo 6;
- d) Las comunicaciones y las notificaciones que se reciban, según lo dispuesto en el artículo 8;
- e) Las notificaciones de denuncias recibidas según lo dispuesto en el párrafo 1 del artículo 9;
- f) La derogación de la Convención según lo dispuesto en el párrafo 2 del artículo 9.

Artículo 12

1. La presente Convención, cuyos textos chino, español, francés, inglés y ruso hacen fe por igual, quedará depositada en los archivos de las Naciones Unidas.

2. El Secretario General de las Naciones Unidas enviará copia certificada de la Convención a todos los Estados Miembros de las Naciones Unidas y a los Estados no miembros a que se refiere el párrafo 1 del artículo 4.

EN FE DE LO CUAL, los infrascritos, debidamente autorizados para ello por, sus respectivos Gobiernos, han firmado la presente Convención, la cual ha sido abierta a la firma en Nueva York, el 20 de febrero de mil novecientos cincuenta y siete.

КОНВЕНЦИЯ О ГРАЖДАНСТВЕ ЗАМУЖНЕЙ ЖЕНЩИНЫ

Договаривающиеся Государства,

имея в виду, что коллизии в праве и практике, относящихся к гражданству, возникают как результат постановлений об утрате или приобретении гражданства женщинами вследствие вступления в брак, расторжения брака или перемены гражданства мужем во время существования брачного союза,

имея в виду, что в статье 15 Всеобщей декларации прав человека Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций указала, что «каждый человек имеет право на гражданство» и что «никто не может быть произвольно лишен своего гражданства или права изменить свое гражданство»,

желая сотрудничать с Организацией Объединенных Наций, чтобы способствовать всеобщему уважению и соблюдению прав человека и основных свобод для всех без различия пола,

настоящим соглашаются о нижеследующем:

Статья 1

Каждое Договаривающееся Государство соглашается, что ни заключение, ни расторжение брака между кем-либо из его граждан и иностранцем, ни перемена гражданства мужем во время существования брачного союза не будут отражаться автоматически на гражданстве жены.

Статья 2

Каждое Договаривающееся Государство соглашается, что ни добровольное приобретение кем-либо из его граждан гражданства какого-либо другого государства, ни отказ кого-либо из его граждан от своего гражданства не будут препятствовать сохранению своего гражданства женой этого гражданина.

Статья 3

1. Каждое Договаривающееся Государство соглашается, что иностранка, состоящая замужем за кем-либо из его граждан, может приобрести, по своей просьбе, гражданство своего мужа в специальном упрощенном порядке натурализации. Дарование такого гражданства может быть объектом ограничений, устанавливаемых в интересах государственной безопасности или публичного порядка.

2. Каждое Договаривающееся Государство соглашается, что настоящая Конвенция не будет толковаться как затрагивающая какие-либо законодатель-

ство или судебную практику, согласно которым иностранка, состоящая замужем за кем-либо из его граждан, может по праву приобрести, по своей просьбе, гражданство своего мужа.

Статья 4

1. Настоящая Конвенция открыта для подписания и ратификации от имени любого государства-члена Организации Объединенных Наций, а также от имени любого другого государства, которое является или станет впоследствии членом любого специализированного учреждения Организации Объединенных Наций или которое является или станет впоследствии участником Статута Международного Суда, или от имени любого другого государства, которому Генеральная Ассамблея Организации Объединенных Наций пошлет приглашение.

2. Настоящая Конвенция подлежит ратификации, и ратификационные грамоты сдаются на хранение Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 5

1. Настоящая Конвенция открыта для присоединения к ней всех государств, упоминаемых в пункте 1 статьи 4.

2. Присоединение совершается посредством сдачи на хранение грамоты о присоединении Генеральному Секретарю Организации Объединенных Наций.

Статья 6

1. Настоящая Конвенция вступает в силу на девяностый день со дня сдачи на хранение шестой ратификационной грамоты или грамоты о присоединении.

2. Для каждого государства, ратифицирующего настоящую Конвенцию или присоединяющегося к ней после сдачи на хранение шестой ратификационной грамоты или грамоты о присоединении, Конвенция вступает в силу на девяностый день со дня сдачи на хранение этим государством своей ратификационной грамоты или грамоты о присоединении.

Статья 7

1. Настоящая Конвенция применяется в отношении всех самоуправляющихся, подопечных, колониальных и других не входящих в метрополии территорий, за международные сношения которых ответственно какое-либо из Договаривающихся Государств; при условии соблюдения постановлений пункта 2 настоящей статьи соответствующее Договаривающееся Государство заявляет при подписании, ратификации или присоединении, в отношении каких не входящих в метрополию территорий настоящая Конвенция применяется *ipso facto* в результате такого подписания, ратификации или присоединения.

2. В каждом случае, когда какая-либо не входящая в метрополию терри-

тория не рассматривается, поскольку это касается гражданства, как одно целое с территорией метрополии, и в каждом случае, когда, на основании конституционных законов или практики Договаривающегося Государства или соответствующей не входящей в метрополию территории, для применения настоящей Конвенции в отношении этой территории требуется предварительное согласие последней, Договаривающееся Государство должно принять меры к тому, чтобы получить необходимое согласие этой не входящей в метрополию территории в двенадцатимесячный срок со дня подписания Конвенции этим Договаривающимся Государством, а по получении такого согласия это Договаривающееся Государство уведомляет о том Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций. Настоящая Конвенция применяется в отношении территории или территорий, названных в таком уведомлении, со дня получения его Генеральным Секретарем.

3. По истечении упомянутого в пункте 2 настоящей статьи двенадцатимесячного срока соответствующие Договаривающиеся Государства уведомляют Генерального Секретаря о результатах своих консультаций с теми не входящими в метрополию территориями, за международные сношения которых они ответственны и согласие которых на применение настоящей Конвенции получено не было.

Статья 8

1. При подписании, ратификации или присоединении любое государство может делать оговорки к любой статье настоящей Конвенции, кроме статей 1 и 2.

2. Если какое-либо государство делает оговорку в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи, то эта оговорка не затрагивает обязательного характера Конвенции в отношениях между государством, сделавшим оговорку, и остальными ее участниками за исключением того постановления или тех постановлений, к которым относится эта оговорка. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций сообщает текст этой оговорки всем государствам, которые являются или будут являться участниками настоящей Конвенции. Любое государство, которое является или станет впоследствии участником настоящей Конвенции, может уведомить Генерального Секретаря о том, что оно несогласно считать себя связанным этой Конвенцией с государством, сделавшим эту оговорку. Такое уведомление должно быть сделано в течение девяноста дней, считая от даты сообщения Генерального Секретаря в отношении государств, являющихся участниками настоящей Конвенции, и считая от даты депонирования ратификационной грамоты или грамоты о присоединении, в отношении государств, впоследствии ставших ее участниками. В случае такого уведомления Конвенция не будет действовать между государством, от которого исходит такое уведомление, и государством, сделавшим оговорку.

3. Каждое государство, сделавшее оговорку в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи, может взять ее обратно, полностью или частично, в любое время после ее принятия, посредством уведомления на имя Генерального

Секретаря Организации Объединенных Наций. Такое уведомление вступает в силу в день его получения.

Статья 9

1. Любое Договаривающееся Государство может денонсировать настоящую Конвенцию посредством письменного уведомления Генерального Секретаря Организации Объединенных Наций. Денонсация вступает в силу по истечении года со дня получения этого уведомления Генеральным Секретарем.

2. Настоящая Конвенция утрачивает силу в день вступления в силу денонсации, в результате которой число участников этой Конвенции становится меньше шести.

Статья 10

Любой спор между двумя или более Договаривающимися Государствами относительно толкования или применения настоящей Конвенции, который не разрешен посредством переговоров, передается, по требованию любой из спорящих сторон, на разрешение в Международный Суд, если стороны не договорятся об ином способе урегулирования.

Статья 11

Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций извещает всех членов Организации Объединенных Наций, а также не состоящие ее членами государства, упоминаемые в пункте 1 статьи 4 настоящей Конвенции, о следующем:

- a) о подписании и о получении ратификационных грамот согласно статье 4;
- b) о получении грамот о присоединении согласно статье 5;
- c) о дне вступления настоящей Конвенции в силу согласно статье 6;
- d) о сообщениях и уведомлениях, полученных согласно статье 8;
- e) об уведомлениях о денонсации, полученных согласно пункту 1 статьи 9;
- f) об утрате Конвенцией силы согласно пункту 2 статьи 9.

Статья 12

1. Настоящая Конвенция, английский, испанский, китайский, русский и французский тексты которой являются равно аутентичными, сдается на хранение в архив Организации Объединенных Наций.

2. Генеральный Секретарь Организации Объединенных Наций препровождает заверенные копии этой Конвенции всем государствам-членам Организации Объединенных Наций, а также не состоящим ее членами государствам, упоминаемым в пункте 1 статьи 4.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные соответствующими правительствами, подписали настоящую Конвенцию, открытую для подписания в Нью-Йорке, 20 февраля тысяча девятьсот пятьдесят седьмого года.

已婚婦女國籍公約

各締約國，

鑒於國籍在法律上及慣例上之衝突，係由關於婦女因婚姻關係之成立或消滅，或在婚姻關係存續中夫之國籍變更，而喪失或取得國籍之規定所引起，

鑒於聯合國大會在世界人權宣言第十五條中業已宣佈“人人有權享有國籍”及“任何人之國籍不容無理褫奪，其變更國籍之權利不容否認”，

願與聯合國合作促進全體人類人權及基本自由之普遍尊重與遵守，不因性別而有異殊，

爰議定下列條款：

第一條

締約國同意其本國人與外國人結婚者，不因婚姻關係之成立或消滅，或婚姻關係存續中夫之國籍變更，而當然影響妻之國籍。

第二條

締約國同意其本國人自願取得他國國籍或脫離其本國國籍時，不妨礙其妻保留該締約國國籍。

第三條

一．締約國同意外國人爲本國人之妻者，得依特殊優待之歸化手續，聲請取得其夫之國籍；前項國籍之授予，得因維護國家安全或公共政策加以限制。

二．締約國同意本公約不得解釋爲對於規定外國人爲本國人妻得有權聲請取得夫之國籍之任何法律或司法慣例有所影響。

第四條

一．本公約應聽由任何聯合國會員國及現爲或以後成爲任何聯合國專門機關會員國，或現爲或以後成爲國際法院規約當事國之任何其他國家，或經聯合國大會邀請之任何其他國家予以簽署及批准。

二．本公約須經批准，批准文件應送交聯合國祕書處存放。

第五條

- 一. 本公約應聽由第四條第一項所稱各國加入。
- 二. 加入應以加入文件送交聯合國祕書長存放爲之。

第六條

- 一. 本公約 應於 第六件批准或 加入文件存放之日後 第九十日 起發生效力。
- 二. 對於在第六件批准或加入文件存放後批准或加入本公約之國家，本公約應於各該國存放批准或加入文件後之第九十日起發生效力。

第七條

一. 本公約對於所有由任何締約國負責其國際關係之非自治、託管、殖民及其他非本部領土，均適用之；除本條第二項另有規定外，關係締約國應於簽署、批准或加入時宣告由於此項簽署、批准或加入而當然適用本公約之非本部領土。

二. 如在國籍方面非本部領土與本部領土並非視同一體，或依締約國或其非本部領土之憲法或憲政慣例，對非本部領土適用本公約須事先徵得該領土之同意時，締約國應盡力於本國簽署本公約之日起十二個月期限內徵得所需該非本部領土之同意，並於徵得此項同意後通知聯合國祕書長。本公約對於此項通知書所列領土，自祕書長接到通知之日起適用之。

三. 在本條第二項所稱十二個月期限屆滿後，各關係締約國遇有由其負責國際關係之非本部領土對於本公約之適用尚未表示同意時，應將其與各該領土磋商結果通知祕書長。

第八條

一. 任何國家得於簽署、批准或加入時，對本公約第一條及第二條以外之任何條款提出保留。

二. 遇有一國依本條第一項規定提出保留時，本公約除經該國保留之條款外，應在保留國與其他當事國間發生效力。聯合國祕書長應將此項保留之全文通告現爲或以後可能成爲本公約當事國之全體國家。本公約任何當事國或以後成爲當事國之國家得通知祕書長該國對於提出保留國並不認爲應受本公約之拘束。此項通知，已爲當事國之國家必須於祕書長通告之日起九十日

內提出之；以後成爲當事國之國家必須於存放批准或加入文件之日起九十日內提出之。遇有此種通知提出時，本公約在提出通知國與提出保留國間應視爲不發生效力。

三．依本條第一項提出保留之國家，得隨時通知聯合國祕書長將業經接受之保留全部或部分撤回。此項通知應於收到之日起生效。

第九條

一．任何締約國得以書面通知聯合國祕書長宣告退出本公約。退約應於祕書長收到通知之日一年後生效。

二．本公約自使當事國減至不足六國之退約生效之日起失效。

第十條

兩個或兩個以上締約國對於本公約之解釋或適用發生爭端，未能以談判方式解決時，除爭端當事國協議以其他方式解決外，經任一爭端當事國之請求，應提請國際法院裁決。

第十一條

聯合國祕書長應將下列事項通知聯合國各會員國及本公約第四條第一項所稱之非會員國：

- (甲) 依第四條之簽署及依同條收到之批准文件；
- (乙) 依第五條收到之加入文件；
- (丙) 依第六條本公約發生效力之日期；
- (丁) 依第八條收到之通告及通知；
- (戊) 依第九條第一項收到之退約通知；
- (己) 依第九條第二項之廢止。

第十二條

一．本公約應存放聯合國檔庫，其中文、英文、法文、俄文及西班牙文各本同一作準。

二．聯合國祕書長應將本公約正式副本分送所有聯合國會員國及第四條第一項所稱之非會員國。

爲此，下列各代表，秉其本國政府正式授予之權，謹簽字於自公曆一千九百五十七年二月二十日起聽由各國在紐約簽署之本公約，以昭信守。

und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Beitrittsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 9. Dezember 1967

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Klaus

Der Bundesminister für Inneres:

Hetzenauer

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Tončić-Sorinj

Die österreichische Beitrittsurkunde ist am 19. Jänner 1968 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden. Das vorliegende Übereinkommen ist daher gemäß seinem Artikel 6 Absatz 2 für Österreich am 18. April 1968 in Kraft getreten.

Derzeit gehören dem Übereinkommen folgende weitere Staaten an: Albanien, Argentinien, Australien (einschließlich aller außerhalb des Mutterlandes gelegener Gebiete, deren auswärtige Beziehungen Australien wahrnimmt), Bulgarien, Ceylon, China, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Ghana, Guatemala, Irland, Israel, Jamaika, Jugoslawien, Kanada, Kuba, Malawi, Malaysia, Malta, Neuseeland (einschließlich Cook-Inseln — einschließlich Niue —, Tokelau-Inseln und Treuhandgebiet Westsamoa), Niederlande (einschließlich Niederländische Antillen und Surinam), Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Sierra Leone, Singapur, Sowjetunion, Tansania, Trinidad und Tobago, Tschechoslowakei, Tunesien, Uganda, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie Weißrußland.

Guatemala hat erklärt, Artikel 10 des Übereinkommens auf Grund verfassungsrechtlicher Erfordernisse vorbehaltlich des Artikels 149 Absatz 3 (b) seiner Verfassung anzuwenden.

Zufolge eines Vorbehaltes Tunesiens ist für die Unterbreitung eines Streitfalles an den Internationalen Gerichtshof in jedem Fall die Zustimmung aller am Streitfall beteiligten Parteien erforderlich.

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland hat den Geltungsbereich des Übereinkommens wie folgt ausgedehnt:

am 28. August 1957 auf die Kanal-Inseln und die Insel Man,

am 18. März 1958 auf Aden, die Bahamas, Barbados, Basutoland, Bermuda, Betschuanaland, die Britischen Jungfern-Inseln, die Britischen Salomon-Inseln, Britisch-Guayana, Britisch-Honduras, Britisch-Somaliland, Cypern, die Falkland-Inseln, Fidschi, Gambia, Gibraltar, die Gilbert- und Ellice-Inseln, Hongkong, die Inseln über dem Winde (Dominica, Grenada, St. Lucia, St. Vincent), die Inseln unter dem Winde (Antigua, Montserrat, St. Christopher-Nevis), Kenia, Mauritius, Nordborneo, St. Helena, Sarawak, die Seychellen und Swaziland,

am 19. Mai 1958 auf die Föderation Rhodesien und Njassaland,

am 3. November 1960 auf Tonga und

am 1. Oktober 1962 auf Brunei.

Klaus

239.

(Übersetzung)

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL GOVERNMENT OF AUSTRIA AND THE UNITED NATIONS REGARDING THE ARRANGEMENTS FOR THE UNITED NATIONS CONFERENCE ON THE EXPLORATION AND PEACEFUL USES OF OUTER SPACE**ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DEN VEREINTEN NATIONEN BETREFFEND DIE VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER KONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER DIE ERFORSCHUNG UND FRIEDLICHE NUTZUNG DES WELTRAUMES**

Whereas, upon the invitation of the Federal Government of Austria (hereinafter referred to as the Government) and in accordance with General Assembly resolution 2250 (S-V), the International Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space (hereinafter referred to as the Conference) is to be held in Vienna, Austria, from 14 to 27 August 1968;

Whereas, the General Assembly in its resolutions 2201 (XXI), 2250 (S-V) and 2261 (XXII) has defined the objectives, participation and the organization of the Conference;

Therefore, the Government and the United Nations hereby agree as follows:

I. Premises, equipment, utilities and stationery supplies

(1) The Government shall make available at its expense appropriate premises in the Neue Hofburg for the holding of the Conference. These premises shall include: two large conference rooms for plenary meetings and meetings of the Committee of the Whole of the Conference, with adequate seating for the public and press; two smaller conference rooms for other committees and *ad hoc* working parties; three small committee rooms for private meetings of delegations; suitable working areas for the press and other information media, for documents reproduction and for documents distribution; suitable office accommodation for officers and staff of the Conference; a public lobby with information and protocol desks; a delegates' lounge; interpreters' lounge; and similar facilities for all Conference participants.

(2) The Government shall at its expense furnish, equip and maintain in good repair all the aforementioned rooms and offices in a manner adequate to the effective conduct of the Conference. The two large conference rooms and the two smaller conference rooms shall be equipped for simultaneous interpretation in five

Im Hinblick darauf, daß auf Einladung der Österreichischen Bundesregierung (in der Folge als „die Regierung“ bezeichnet) und in Übereinstimmung mit der Resolution 2250 (S-V) der Generalversammlung die Internationale Konferenz über die Erforschung und Nutzung des Weltraumes (in der Folge als „die Konferenz“ bezeichnet) in Wien vom 14. bis 27. August 1968 stattfinden wird;

im Hinblick darauf, daß die Generalversammlung in ihren Resolutionen 2201 (XXI), 2250 (S-V) und 2261 (XXII) Zielsetzung, Teilnahme und Organisation der Konferenz bestimmt hat;

sind die Regierung und die Vereinten Nationen wie folgt übereingekommen:

I. Räumlichkeiten, Einrichtung, Dienstleistungen und Bürobedarf

(1) Die Regierung wird auf ihre Kosten geeignete Räumlichkeiten in der Neuen Hofburg für die Abhaltung der Konferenz zur Verfügung stellen. Diese Räumlichkeiten sollen umfassen: zwei große Konferenzräume für Plenarsitzungen und für Sitzungen des Hauptausschusses der Konferenz mit entsprechenden Sitzgelegenheiten für Öffentlichkeit und Presse; zwei kleine Konferenzräume für andere Komitees und *ad hoc* Arbeitsgruppen; drei kleine Sitzungszimmer für geschlossene Sitzungen der Delegationen; geeignete Arbeitsräume für die Presse und andere Informationsmedien, für die Vervielfältigung und Verteilung von Dokumenten; geeignete Büroräume für Beamte und den Stab der Konferenz; einen öffentlichen Raum mit Informations- und Empfangsschalter; einen Aufenthaltsraum für die Delegierten; einen Aufenthaltsraum für die Übersetzer; sowie ähnliche Räume für alle Konferenzteilnehmer.

(2) Die Regierung wird die oben angeführten Räume und Büros auf ihre Kosten in einer zu einem klaglosen Ablauf der Konferenz geeigneten Weise mit Möbeln ausstatten, einrichten und in gutem Zustand erhalten. Die beiden großen Konferenzräume und die zwei kleinen Konferenzräume werden mit einer Anlage für Simul-

languages and also have facilities for sound recording. The Government shall also provide suitable facilities for the press, television, radio and film operations.

(3) The Government shall at its expense furnish and maintain such equipment as mimeograph and other duplicating machines, typewriters with keyboards in the languages needed, tape recorders, and such other equipment as necessary for the effective conduct of the Conference.

(4) The Government shall provide, at the site of the Conference, bank, post office, telephone and cable facilities.

(5) The Government shall pay for all necessary utility services including telephone communications of the Secretariat of the Conference within Vienna and communications by Telex between the Secretariat of the Conference and the United Nations Office at Geneva.

(6) The United Nations shall provide at its expense all stationery supplies required for the adequate functioning of the Conference.

II. Transportation and accomodation

(1) The Government shall provide at its expense two chauffeur-driven cars and two station wagons for use by the officers and staff of the Conference. The Government shall also make available at its expense such additional transportation as may be necessary to transport United Nations staff from the airport servicing Vienna to their hotels and from their hotels to the airport.

(2) The Government shall make available facilities to assist delegations, secretariat, press and other participants to the Conference in making hotel reservations for the duration of the Conference.

III. Police protection

The Government shall furnish at its expense such police protection as may be required to ensure the efficient functioning of the Conference without interference of any kind. While such police services shall be under the direct supervision and control of a senior officer provided by the Government, this officer shall work in close co-operation with the responsible United Nations official so as to ensure a proper atmosphere of security and tranquillity.

tanübersetzung in fünf Sprachen und mit Einrichtungen zur Tonaufnahme ausgestattet. Die Regierung wird auch die erforderlichen Einrichtungen für die Presse, Fernseh-, Radio- und Filmarbeiten zur Verfügung stellen.

(3) Die Regierung wird auf ihre Kosten Einrichtungen wie Vervielfältigungsapparate aller Art, Schreibmaschinen mit Tastaturen der erforderlichen Sprachen, Tonbandgeräte und alle anderen für den klaglosen Ablauf der Konferenz erforderlichen Geräte zur Verfügung stellen und in gutem Zustand erhalten.

(4) Die Regierung wird für Einrichtung eines Bank-, Post-, Telephon- und Telegraphendienstes innerhalb des Konferenzbereiches Sorge tragen.

(5) Die Regierung wird die Kosten für alle erforderlichen öffentlichen Dienstleistungen einschließlich der Kosten für Telefongespräche des Sekretariats der Konferenz innerhalb Wiens sowie der Kosten für Fernschreiben zwischen dem Sekretariat der Konferenz und dem Büro der Vereinten Nationen in Genf tragen.

(6) Die Vereinten Nationen werden auf ihre Kosten das gesamte zum angemessenen Ablauf der Konferenz erforderliche Büromaterial zur Verfügung stellen.

II. Transportwesen und Unterbringung

(1) Die Regierung wird auf ihre Kosten zwei Personenwagen und zwei Stationswagen samt Fahrern zur Benützung durch Beamte und den Stab der Konferenz zur Verfügung stellen. Die Regierung wird auch auf ihre Kosten die erforderlichen zusätzlichen Transportmittel zur Verbringung des Personals der Vereinten Nationen vom Wiener Flughafen zu seinen Hotels, und umgekehrt, zur Verfügung stellen.

(2) Die Regierung wird während der Konferenzdauer Einrichtungen zur Unterstützung der Delegation, des Sekretariats, der Presse und anderer Konferenzteilnehmer für Hotelreservierungen zur Verfügung stellen.

III. Polizeischutz

Die Regierung wird auf ihre Kosten die notwendigen Polizeikräfte zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um einen geordneten und in jeder Hinsicht ungestörten Ablauf der Konferenz zu gewährleisten. Diese Polizeikräfte stehen unter der direkten Aufsicht und Überwachung eines von der Regierung zu bestellenden höheren Polizeibeamten, der mit dem verantwortlichen Beamten der Vereinten Nationen eng zusammenarbeiten wird, um eine entsprechende Atmosphäre von Sicherheit und Ruhe zu gewährleisten.

IV. Local personnel for the Conference

(1) The Government shall nominate a liaison officer and a deputy liaison officer between it and the United Nations who shall be responsible for making the necessary arrangements for the holding of the Conference, as set forth in this Agreement.

(2) The Government shall provide at its expense the sound engineers and other technical personnel required to ensure the proper functioning of the facilities referred to in section I, paragraphs (2) and (3) above. The Government shall also provide at its expense document reproduction and distribution staff, meeting officers and such clerical assistance and house staff as may be necessary, such as huissiers, messengers and cleaners, as well as drivers of the cars and station wagons referred to in section II above. At the request of the Government the United Nations will engage part of the staff referred to in this paragraph and in such instances the Government shall reimburse the United Nations.

V. Financial arrangement

In addition to making the above-mentioned facilities available to the Conference, the Government, in pursuance of General Assembly resolution 2116 (XX), shall assume responsibility for any additional expenditures to the United Nations budget, estimated at approximately \$ 7000, that may be directly or indirectly incurred as a result of the holding of the Conference in Vienna rather than at the United Nations Office at Geneva. Reimbursement to the United Nations shall be made as soon as possible after the close of the Conference and not later than 31 December 1968.

VI. Liability

The Government shall be responsible for dealing with any actions, claims or other demands arising out of (a) injury or damage to person or property in the premises referred to in section I above, (b) injury or damage to person or property caused by, or incurred in using, the transportation referred to in section II above, (c) the employment for the Conference of the personnel referred to in section IV above, and the Government shall hold the United Nations and its personnel harmless in respect of any such actions, claims or other demands.

VII. Privileges and immunities

(1) The Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations, to which the

IV. Sur-place-Personal für die Konferenz

(1) Die Regierung wird einen Verbindungsbeamten zu den Vereinten Nationen, sowie dessen Stellvertreter, namhaft machen, der für die Durchführung aller in diesem Abkommen erwähnten, zur Abhaltung der Konferenz erforderlichen Maßnahmen verantwortlich ist.

(2) Die Regierung wird auf ihre Kosten die Tontechniker und anderes technisches Personal beistellen, das für das ordentliche Funktionieren der im Abschnitt I Abs. 2 und 3 erwähnten Geräte erforderlich ist. Die Regierung wird auch auf ihre Kosten, soweit erforderlich, Arbeitskräfte für die Vervielfältigung und Verteilung der Dokumente, Konferenzfunktionäre, Bürohilfskräfte und Hauspersonal wie Amtsdienler, Boten und Reinigungspersonal sowie die Fahrer für die in Abschnitt II erwähnten Personen- und Stationswagen zur Verfügung stellen. Über Ersuchen der Regierung werden die Vereinten Nationen einen Teil des in diesem Absatz erwähnten Personals aufnehmen und die Regierung wird in diesen Fällen den Vereinten Nationen die Kosten ersetzen.

V. Finanzielle Regelung

Zusätzlich zu den oben erwähnten, von der Regierung für die Konferenz zu erbringenden Leistungen, trägt die Regierung im Sinne der Resolution 2116 (XX) der Generalversammlung der Vereinten Nationen jene auf ungefähr \$ 7000 geschätzten zusätzlichen Kosten der Vereinten Nationen, die direkt oder indirekt daraus entstehen, daß die Konferenz in Wien statt am Sitz des Büros der Vereinten Nationen in Genf, abgehalten wird. Die Rückzahlung an die Vereinten Nationen erfolgt sobald als möglich nach Schluß der Konferenz, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1968.

VI. Haftung

Die Regierung wird die Vereinten Nationen und ihr Personal bezüglich a) Schäden und Beschädigungen an Personen oder Sachen in den in Abschnitt I angeführten Räumlichkeiten; b) Schäden oder Beschädigungen an Personen oder Sachen, die durch oder bei Benützung der in Abschnitt II erwähnten Transportmittel; c) der Anstellung des in Abschnitt IV erwähnten Konferenzpersonals entstehen, schad- und klaglos halten.

VII. Privilegien und Immunitäten

(1) Das Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen, dem

Republic of Austria is a party, shall be applicable with respect to this Conference.

(2) Representatives of Member States attending the Conference and officials of the United Nations concerned with the Conference shall be accorded the same privileges and immunities provided for in sections 23, 27 and 28 respectively of the Agreement between the Republic of Austria and the United Nations regarding the Headquarters of the UNIDO of 13 April 1967.

(3) Representatives of States non-members of the United Nations attending the Conference shall enjoy the same privileges and immunities as accorded representatives of States Members of the United Nations.

(4) Observers of the specialized agencies and other inter-governmental organizations invited to the Conference shall enjoy the same privileges and immunities as accorded to officials of comparable rank of the United Nations.

(5) The Austrian authorities shall impose no impediment to transit to and from the Conference of the following categories of persons attending the Conference: representatives of Governments and their immediate families; observers of specialized agencies and inter-governmental organizations and their immediate families; officials and experts of the United Nations and their immediate families; observers of non-governmental organizations having consultative status with the Economic and Social Council of the United Nations; representatives of the press or of radio, television, film or other information agencies accredited by the United Nations at its discretion after consultation with the Government; and other persons invited to the Conference by the United Nations on official business. Any visa required for such persons shall be granted promptly and without charge.

(6) The area designated under section I shall be deemed to constitute United Nations premises, and access to these premises shall be under the control and authority of the United Nations.

VIII. General provisions

(1) This Agreement may be modified by written agreement between the Government and the United Nations.

(2) The United Nations will in due course and in good time, and with at least two weeks notice,

die Republik Österreich beigetreten ist, wird hinsichtlich der Konferenz angewendet.

(2) Den Vertretern der Mitgliedstaaten, die an der Konferenz teilnehmen und jenen Beamten der Vereinten Nationen, die mit der Konferenz befaßt sind, werden dieselben Privilegien und Immunitäten eingeräumt, wie sie in den Abschnitten 23, 27 und 28 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen über den Amtssitz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung vom 13. April 1967 vorgesehen sind.

(3) Die an der Konferenz teilnehmenden Vertreter von Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, genießen dieselben Privilegien und Immunitäten, wie sie Vertretern von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eingeräumt werden.

(4) Die Beobachter der Spezialorganisationen und anderer zwischenstaatlicher Organisationen, die zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen wurden, genießen dieselben Privilegien und Immunitäten, die Beamten der Vereinten Nationen ähnlichen Ranges zustehen.

(5) Die österreichischen Behörden werden dem folgenden Personenkreis, der an der Konferenz teilnimmt, keine Hindernisse bei der An- und Abreise entgegenstellen: Vertretern der Regierungen und ihren unmittelbaren Familienangehörigen; Beobachtern der Spezialorganisationen und der zwischenstaatlichen Organisationen und ihren unmittelbaren Familienangehörigen; Angestellten und Sachverständigen der Vereinten Nationen und ihren unmittelbaren Familienangehörigen; Beobachtern nichtstaatlicher Organisationen, die beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen Beraterstatus haben; Vertretern der Presse, des Radios, des Fernsehens, des Films oder anderer Informationsmedien, die bei den Vereinten Nationen nach deren Ermessen nach Beratung mit der Regierung akkreditiert wurden; allen anderen Personen, die von den Vereinten Nationen zu offiziellen Aufgaben zur Konferenz eingeladen werden. Die für diese Personen erforderlichen Sichtvermerke werden unverzüglich und kostenlos ausgestellt werden.

(6) Der in Abschnitt I bezeichnete Bereich stellt Gebiet der Vereinten Nationen dar und der Zutritt zu diesem Gebiet steht unter der Kontrolle und unter der Hoheit der Vereinten Nationen.

VIII. Allgemeine Bestimmungen

(1) Dieses Abkommen kann durch schriftliche Übereinkunft zwischen der Regierung und den Vereinten Nationen abgeändert werden.

(2) Die Vereinten Nationen werden die Regierung zu gegebener Zeit rechtzeitig schriftlich,

inform the Government in writing of the specific capacity, number or nature of the facilities it requires under this Agreement.

(3) This Agreement shall enter into force when signed on behalf of both parties and shall remain in force for the duration of the Conference and for such time as is necessary for all matters relating to the Conference to be settled.

In witness whereof, the respective representatives of the Federal Government of Austria and of the United Nations have signed this Agreement in two originals in the English language this twentyfifth day of May one thousand nine hundred and sixty-eight.

For the Federal Government of Austria:

Dr. Kurt Waldheim m. p.

Federal Minister for Foreign Affairs

For the United Nations:

on behalf of the Secretary-General

Constantin A. Stavropoulos m. p.

The Legal Counsel

wenigstens zwei Wochen im voraus, über den auf Grund dieses Abkommens benötigten genauen Fassungsraum, die Anzahl und Art der Einrichtungen in Kenntnis setzen.

(3) Dieses Abkommen tritt mit dem Tage seiner Unterzeichnung durch beide Vertragsteile in Kraft und bleibt während der Dauer der Konferenz bzw. für jenen Zeitraum gültig, der zur Abwicklung aller mit der Konferenz zusammenhängenden Angelegenheiten erforderlich ist.

ZU URKUND DESSEN haben die Vertreter der Österreichischen Bundesregierung und der Vereinten Nationen das vorliegende Abkommen in zwei Originalen in englischer Sprache am 25. Mai 1968 unterzeichnet.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Kurt Waldheim m. p.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Für die Vereinten Nationen:

namens des Generalsekretärs

Constantin A. Stavropoulos m. p.

Rechtsberater

Klaus